



Helga Schwitzer
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Rede

zum

1. Mai 2008

in Salzgitter

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Kurt Tucholsky hat mir für meine Mairrede folgenden Ratschlag gegeben:

„Wenn Du am ersten Mai reden darfst, müssen die anderen schweigen. Das ist Deine Gelegenheit! Missbrauche sie kräftig!“

Das werde ich natürlich nicht tun.

Und ich hoffe, Ihr auch nicht. Denn der erste Mai, der internationale Tag der Arbeit, ist für uns dazu da, laut und deutlich unsere Meinung über die Zustände in diesem Land zu sagen.

Das ist kein Missbrauch, sondern unser gutes Recht.

Die Zustände geben uns als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wahrhaftig genug Anlass, heute zu demonstrieren. In Salzgitter und in vielen anderen Städten. Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt.

Kolleginnen und Kollegen!

In einer Zeit, in der die Geldsäcke der Reichen immer dicker werden, sollen wir den Gürtel immer enger schnallen.

Ob bei den Renten, beim Arbeitslosengeld oder bei den lächerlich geringen Hartz IV-Bezügen.

Die ungerechte Verteilung von Reichtum hat in den letzten Jahren zugenommen. Der neue Armuts- und Reichtumsbereich der Bundesregierung, der übrigens noch unter Verschluss gehalten wird, stellt fest: 18 Prozent der Menschen in Deutschland sind als arm zu bezeichnen. 2005 waren es noch 5 Prozent weniger.

Das ist ein gesellschaftlicher Skandal sondergleichen. Es ist ein Skandal, dass Deutschland derart viele Menschen vom Wohlstand ausschließt – und das als eines der reichsten Länder der Welt!

Wie leben hier in der Bundesrepublik im halbwegs zivilisierten Europa. Dort, wo der aufrechte Gang der Beschäftigten auch im Betrieb ein Markenzeichen ist!

Von den Beschäftigten hier wird körperliche und geistige Spitzenleistung verlangt: Kreativität, Flexibilität, Qualität, Produktivität, Liefertreue, Pünktlichkeit und so weiter und so fort.

Gleichzeitig hätten aber etliche Herrschaften in diesem Lande gerne

- die Löhne aus Bangladesch
- die Arbeitszeiten aus China
- den Urlaub aus Japan
- den Mutterschutz aus der inneren Mongolei
- den Kündigungsschutz aus den USA
- und die Mitbestimmung und das Tariffrecht aus Afrika.

Ich sage klar und deutlich: Das geht nicht! Dafür demonstrieren wir heute hier! Wir lassen nicht zu, dass viele Menschen mit Brosamen abgespeist werden sollen, während andererseits die Gier einiger Manager keine Grenzen kennt.

Herr Zetsche von der Daimler AG ist einer der Spitzenreiter. 10,7 Millionen Euro beträgt seine aktuelle Jahresvergütung!

Das ist - sage und schreibe – !!! mehr als das 150-fache !!! dessen, was Daimler durchschnittlich für einen Arbeitnehmer ausgibt!

Die Gier mancher Manager ist unermesslich: Sie predigen uns Wasser, während sie selbst ganz offen Champagner schlürfen.

Kolleginnen und Kollegen!

Das kann so nicht weitergehen. Das merken immer mehr Menschen.

Die Gewerkschaften befinden sich im Aufwind. Wir werden wieder stärker, Kolleginnen und Kollegen.

Bei der IG Metall, der größten der DGB-Gewerkschaften, stabilisiert sich die Mitgliederentwicklung. Lasst uns daran gemeinsam weiterarbeiten. Damit wir als DGB gemeinsam wieder stärker werden!

Die Tarifabschlüsse, die wir dieses Jahr erzielt haben, können sich sehen lassen. Ob im Bereich der IG Metall, der IG Chemie oder bei Verdi.

Wir haben diese Ergebnisse erreicht, weil wir uns mit vielen tausend Kolleginnen und Kollegen dafür eingesetzt haben - mit Aktionen und mit Warnstreiks.

Kolleginnen und Kollegen!

Solltet Ihr nächste Woche Post bekommen, dann ist das ein gutes Zeichen.

Das ist das Zeichen dafür, dass die Arbeitgeber bei der deutschen Post ihre tarifpolitische Geisterfahrt beendet haben.

Solltet ihr aber nichts im Briefkasten haben, könnt ihr sicher sein:

Die Kolleginnen und Kollegen bei der Post führen ihre Urabstimmung über einen Streik nicht leichtfertig durch. Und sicherlich wollen sie nicht streiken, um ihren Kolleginnen und Kollegen aus anderen Branchen lang ersehnte Liebesbriefe vorzuenthalten.

Sie sind dazu gezwungen. Denn sie erwarten – endlich – ein verhandlungsfähiges Angebot von der Arbeitgeberseite. Und keine Mogelpackung, in der hauptsächlich heiße Luft und dazu noch eine längere Arbeitszeit enthalten sind!

Kolleginnen und Kollegen von der Post: Ihr könnt Euch unserer Solidarität sicher sein! Wir unterstützen Eure Forderung nach 7 Prozent mehr Entgelt. Und wir stehen an Eurer Seite im Kampf gegen die beschäftigungsfeindliche Arbeitszeitverlängerung!

Mit guten Tarifiergebnissen tragen wir als Gewerkschaften dazu bei, dass der Aufschwung nicht komplett an den Beschäftigten vorbei geht.

Denn während die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen explodieren, stagnieren in Deutschland die Reallöhne. In einigen Branchen fallen sie sogar.

Das ist angesichts der immer noch stabilen Konjunktur in Deutschland schlicht ungerecht und wirtschaftlich verantwortungslos.

Es schadet dem Konsum und der Binnenkonjunktur. Das einzige, was in diesem Kapitalismus wirklich dauerhaft wächst, das ist der Niedriglohnsektor!

Die Zahl der Leiharbeitsbeschäftigten in diesem Land erreicht bald die Millionengrenze.

Da arbeiten Kolleginnen und Kollegen nebeneinander im Betrieb, aber der eine bekommt fast die Hälfte weniger als die andere.

Das ist unsäglich, Kolleginnen und Kollegen.

Wir werden dieser Verwüstung des Arbeitsmarktes nicht tatenlos zuschauen.

Wir stehen als Gewerkschaften dafür ein: Es gibt keine Beschäftigten erster oder zweiter Klasse. Gleiches Geld für gleiche Arbeit – das ist ein Menschenrecht! Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Menschenrecht endlich verwirklicht wird!

Es kann nicht angehen, dass der Beschäftigungsaufbau in Deutschland auf Kosten von Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechten geht!

Und dann wird behauptet: Arbeitslose, Hartz IV-Empfängerinnen und Empfänger, und neuerdings auch Rentner und Rentnerinnen, sind diejenigen, die in dieser Gesellschaft abzocken!

Kolleginnen und Kollegen: Es gibt Abzocker, aber die sitzen ganz woanders.

Den Vogel hat jetzt Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, abgeschossen.

Dieser neoliberale Radikalfundamentalist ruft plötzlich nach der starken Hand des Staates. Nachdem seine Zocker an den Finanzmärkten Milliarden in den Sand gesetzt haben.

Banken wackeln, Immobilienmärkte brechen zusammen. Die Immobilienhaie in den USA verzocken die Wohnhäuser der amerikanischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Rohstoffspekulanten verzocken den Reis, der Millionen Menschen ernähren könnte.

Und dann soll der Staat die Scherben zusammenkehren. Mit zig Milliarden unserer Steuergelder muss er versuchen, einer der größten Krisen der Finanzwelt Herr zu werden.

Und das Fatale: Die Zocker aus den Banken produzieren ja nichts! Sie spielen mit dem Vermögen, das andere produziert haben, Monopoly!

Diejenigen, die die Pleite verursacht haben, schieben die Kosten auf den Staat ab. Erst Milliarden-Profite kassieren, dann die Krise von uns, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, bezahlen lassen.

Frei nach dem Motto: Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren.

So hätten sie es gerne!

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen: Da machen wir nicht mit! Nicht mit uns!

Die maßlose Gier nach Profit – das ist keine Spezialität der Finanzwirtschaft. Ich sage nur: Nokia.

Vielleicht habt Ihr den Klingelton noch im Ohr: Nokia – connecting people. Die Werbung ist zynisch. Dieser Konzern verbindet keine Menschen. Er verachtet sie.

Nokia wollte nicht mal mit den Beschäftigten verhandeln. Es gab keine Ankündigungen oder Vorwarnungen. Nein, der Konzernvorstand hat einfach gleich geschossen. Das ist Wild-West-Manier!

Standorte werden dichtgemacht – nicht weil sie Verluste machen, sondern weil sie angeblich zu wenig Profit abwerfen.

Alle fünf Jahre wollen Konzerne das Vermögen ihrer Anleger verdoppeln. Jedes Jahr 20 Prozent Rendite.

So ein Verhalten hat mit sozialer Marktwirtschaft soviel zu tun, wie Edelstahl mit Diebstahl – nämlich gar nichts!

Die Kosten der Verlagerung, die Arbeitslosigkeit der Kolleginnen und Kollegen, all das wird auf die Gesellschaft abgewälzt. Sollen die Menschen doch sehen, wie sie alleine klar kommen!

Wenn das so weiter geht, Kolleginnen und Kollegen, dann können sich manche bald nicht mal mehr den Gürtel leisten, den sie enger schnallen sollen!

Und wer reibt sich die Hände?

Die vielen Unternehmensberater á la Roland Berger, McKinsey und Konsorten.

Die kommen in den Betrieb und sagen: „Gib mir Deine Uhr, und ich sage Dir, wie spät es ist.“ Dann teilen sie einem auf 300 Seiten die Uhrzeit mit und schicken eine Honorarrechnung, an der man schnell den Unterschied zwischen umsonst und vergeblich lernen kann.

Wer so verantwortungslos handelt, zerstört auf Dauer das soziale Leben einer Gesellschaft. Wer so handelt, untergräbt unsere Demokratie!

Artikel 14 unseres Grundgesetzes schützt das Eigentumsrecht der Unternehmer. Das ist wahr. Aber dieser Artikel hat auch noch einen zweiten Absatz. Der lautet: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Diesen Satz überlesen die Herren Abzocker allerdings gerne. Sie fühlen sich nur sich selbst, ihren shareholders und ihrem dicken Konto in Liechtenstein verpflichtet.

Aber eins schreibe ich diesen Herren ins Stammbuch: Wir werden dafür sorgen, dass Sie diesen Satz – ich wiederhole: „Eigentum verpflichtet“ ! - nicht mehr so schnell vergessen!

Denn wir haben in diesem Fall ein sehr gutes Gedächtnis. Und ... in dieser Frage sind wir auch sehr nachtragend!

Kolleginnen und Kollegen!

Mit unserer Stärke, unserer Solidarität und unserem Engagement setzen wir uns für eine Gesellschaft ein, in der es gerecht zugeht. Das setzen wir dem neuen Shareholder-Value-Kapitalismus entgegen.

Dafür brauchen wir mehr Mitbestimmung, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft. Gerade in Zeiten der Globalisierung brauchen wir mehr und nicht weniger Demokratie in den Betrieben.

Das geht besonders an die Adresse von Herrn Wiedeking von der Porsche AG.

In ganzseitigen Anzeigen verspricht die Porsche AG, dass sie gut sein will zu den Arbeitnehmern.

Doch dazu braucht sie nicht Millionen in Anzeigen zu stecken. Es reicht, wenn sie sich so verhält. Und beim Verhalten haben wir unsere Zweifel.

Beim VW-Gesetz tun seine Kritiker so, als ob das Land durch dieses Gesetz die Geschicke des Unternehmens diktieren würde. Übersehen wird gern, um was es wirklich geht:

Beim VW-Gesetz geht es im wesentlichen um zwei Punkte, die ohne Zustimmung des Landes Niedersachsen nicht durchgesetzt werden können:

1. Die Schließung von Werken
2. Die Auflösung der Gesellschaft und die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn Porsche weder Werke schließen will,

wenn Porsche nicht vor hat, das Unternehmen aufzulösen

und wenn Porsche nicht den Sitz von Wolfsburg nach sonstwo verlegen will,

frage ich mich: Warum wird dann soviel Energie in die Abschaffung des Gesetzes gelegt?

Warum ist Porsche dann das VW-Gesetz ein Dorn im Auge?

Es gibt nur eine Antwort: Weil sich Porsche die Optionen offen halten will, für Schließungen, für Massenentlassungen, für Verlagerungen.

Und da sage ich ganz deutlich: Ohne uns!

Wer diese Lunte anzündet, der darf sich über Explosionen nicht wundern!

Porsche braucht Volkswagen. Volkswagen braucht Porsche nicht. Es wäre klug, wenn Wendelin Wiedeking um die Belegschaften werben würde, statt sie zu beleidigen.

Ferdinand Piech wundert sich und fragt, warum es kein Siemens-Gesetz und Deutsche-Bank-Gesetz gibt.

Das fragen wir uns auch, Herr Piech. Notwendig wären sie.

Wenn es ein Siemens-Gesetz gäbe, gäbe es Siemens/BenQ noch.

Wenn es ein Nokia-Gesetz gäbe, gäbe es Nokia noch. Wenn es ein AEG-Gesetz gäbe, gäbe es AEG in Nürnberg noch.

Wir brauchen nicht weniger, wir brauchen mehr Mitbestimmung. In allen Branchen, in allen Unternehmen. VW ist Vorbild und Vorreiter. Das lassen wir uns nicht nehmen. Kolleginnen und Kollegen!

Siemens liefert guten Anschauungsunterricht zur Frage: „Wie werde ich meine Mitbestimmung los?“.

Erst werden Hunderte von Millionen für Bestechungen und Schmiergelder auf schwarze Konten umgeschichtet - nach der Devise: Wer schwarze Kassen hat, hat keine roten Zahlen.

Dann werden Millionen Schmiergelder an Herrn Schelsky gezahlt, um sich mit einer gekauften Gewerkschaft die IG Metall vom Hals zu halten.
Der Erzbischof von Bamberg hat in seiner Predigt zu diesem Thema gesagt: Hier hat sich die Fratze des ungezügelter Kapitalismus in ihrer ganzen Hässlichkeit offenbart.

Diese Fratze sieht man nicht nur bei Siemens. Eine Fratze war neulich auch bei Anne Will zu Gast.

Stichwort: Lidl

Videokameras, um Beschäftigte zu überwachen,

Einschüchterung von Arbeitnehmervertretern und solchen, die es werden wollen,

und dann behauptet Herr Kisseberth von der Lidl-Geschäftsleitung auch noch, das macht er nur, weil seine Beschäftigten so viel klauen würden!!!

Das muss sich keine Arbeitnehmerin und kein Arbeitnehmer bieten lassen.

Das ist Gutsherren-Mentalität - und keine Gute Arbeit.

Solche Zustände sind kein Einzelfall. Der DGB-Index Gute Arbeit zeigt:

Respekt fehlt den meisten Beschäftigten an ihrem Arbeitsplatz. Respekt von ihren Vorgesetzten. Für ihre Person und für ihre Leistung.

Respektlos ist es auch, wenn Beschäftigte so wenig verdienen, dass sie nicht von ihrer Arbeit leben können.

In Niedersachsen gibt es fast 700.000 Mini-Jobs. 180.000 davon sind Mini-Jobs im Nebenjob. 180.000 regulär Beschäftigte verdienen so wenig Geld, dass sie in ihrer Freizeit noch einen Nebenjob machen müssen!

Gute Arbeit muss auch anständig entlohnt werden! Von Arbeit muss man leben können! Und zwar gut leben können. Und nicht von der Hand in den Mund wie ein Tagelöhner!

Deswegen brauchen wir endlich einen gesetzlichen Mindestlohn!
Wir müssen eine Grenze nach unten einziehen, damit unsere soziale Marktwirtschaft nicht zur Ausbeutungswirtschaft wird!

„Gute Arbeit muss drin sein!“
Dafür brauchen wir starke Gewerkschaften.

Wir kämpfen für eine gerechte Einkommensverteilung. Wir kämpfen für Löhne und Gehälter, die allen ein gutes Leben ermöglichen.

Wir kämpfen gegen eine Politik der sozialen Spaltung. Gegen eine Politik der ungerechten Umverteilung von Unten nach Oben.

Wir kämpfen dafür, dass die Menschen nicht wieder auf braune Rattenfänger hereinfallen. Diese Neonazis, die versuchen, die gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten für sich auszunutzen!

Ich sage klar und deutlich:

In unseren Reihen ist kein Platz für Rassismus und Ausländerhass!

Wir wissen: Der beste Schutz gegen die rechten Rattenfänger ist eine Gesellschaft, in der niemand Angst vor dem sozialen Abstieg haben muss. Eine Gesellschaft, die akzeptiert, dass jeder und jede darin ihren Platz hat, der die Würde des Menschen achtet.

Der Mensch ist nicht nur ein Rädchen im Wirtschaftsgetriebe. Dafür treten wir als starke Gewerkschaft ein.

Jeder Mensch hat Anspruch auf Würde, auf Respekt und auf Anerkennung. Im Betrieb und in der Gesellschaft.

Würde, Anerkennung und Respekt sind für jeden Menschen lebensnotwendig. Menschen, denen Würde, Anerkennung und Respekt versagt werden, werden krank. Genauso wie Menschen, denen Essen und Trinken versagt werden.

„Du sollst Dich nie vor einem lebenden Menschen bücken“, so beschreibt Willi Bleicher, einstiger IG Metall-Bezirksleiter, unsere gewerkschaftliche Grundhaltung.

Würde, Anerkennung und Respekt heißt für uns: Jeder Mensch wird ernst genommen: Jeder Mensch hat Anspruch, sein Leben selbst- und mitzubestimmen.

Mit der Kampagne „no.npd“ haben viele Gewerkschaftsmitglieder diese Grundhaltung zum Ausdruck gebracht.

Wir haben uns in den Landtagswahlkampf eingemischt, um zu verhindern, dass die NPD in den niedersächsischen Landtag einzieht. Das haben wir geschafft. Das war ein toller Erfolg – für uns, und für unsere Demokratie.

Jetzt ist es an der Politik, endlich zu handeln! Das NPD-Verbotsverfahren muss wieder aufgenommen werden! Dafür haben wir über 175.000 Unterschriften gesammelt!

Wir lassen es nicht zu, dass eine Nazi-Partei weiter von unseren Steuergeldern subventioniert wird und ungeschoren in der Öffentlichkeit auftreten darf!

Wir werden weiter dafür kämpfen, dass Neonazis nicht mehr in deutschen Parlamenten sitzen!

Nicht in Salzgitter, nicht in Niedersachsen – nirgendwo!

Vor genau 75 Jahren, am 2. Mai 1933 wurden die deutschen Gewerkschaften von den Nazis zerschlagen. Gewerkschaftshäuser wurden besetzt, Gewerkschaftsvermögen wurde enteignet. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden eingesperrt, gefoltert und getötet.

Weltkrieg, Ermordung der europäischen Juden und die Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung waren die erklärten Ziele des Faschismus.

Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus! Das ist die Lehre, die wir aus dieser Vergangenheit ziehen.

Salzgitter passt auf, wenn Nazis wieder marschieren. Salzgitter verhindert Nazi-Aufmärsche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wo Alte und Junge gegeneinander ausgespielt werden, da erheben wir unsere Stimme.

Die Rentner sahen ab, und die Jungen zahlen die Zeche – das wollen ein paar Politiker uns weismachen. Wer so etwas behauptet, der lenkt doch nur von den wahren Verteilungskämpfen ab!

Wer von „Rentnerrepublik“ daherschwätzt, der sollte von Altersarmut nicht schweigen.

Von Rente muss man ordentlich leben können, genauso wie von Lohn oder Gehalt!

Und zwar mit 65 Jahren, und nicht erst mit 67! Die Rente mit 67 ist eine sozialpolitische Sackgasse und ein arbeitsmarktpolitischer Holzweg.

Wir machen uns dafür stark, dass die Politik das Renteneintrittsalter wieder herabsetzt. Die Rente mit 67 war falsch, ist falsch und bleibt falsch. Sie muss zurückgenommen werden!

Viele Menschen können nicht bis 67 arbeiten. Nicht mal bis 65 kann man ihnen zumuten. Weder der Stahlarbeiter bei Salzgitter Flachstahl, noch die Nachtschwester im Klinikum Salzgitter, noch der ewig unter Stress stehende Entwickler bei VW.

Deswegen kämpft die IG Metall derzeit tarifpolitisch und gesellschaftspolitisch für eine Neuregelung der Altersteilzeit. Damit die Menschen gesund in den Ruhestand gehen und Junge nachrücken können.

Auch das gehört zu guter Arbeit.

Politik muss die Interessen der Mehrheit der Menschen repräsentieren und vertreten. Ansonsten wenden sich immer mehr Menschen von der Politik ab. Weil sie glauben, sie könnten eh nichts verändern.

Uns kommt es darauf an, dass Wahlkampfthemen wie Mindestlohn, gerechte Bildungschancen und Altersarmut auch über Wahlkämpfe hinaus in den Parlamenten eine Rolle spielen.

Politik im Sinne der arbeitenden Menschen – das ist für uns vorrangig. Nicht, welches Parteibuch jemand besitzt.

Die letzten Wahlergebnisse bestätigen den Trend: In Deutschland wird es auf absehbare Zeit ein Fünf- Parteien-System geben. Wir sind als Gewerkschaften gut beraten, wenn wir in dieser Situation keine einseitigen Positionen vertreten.

Kolleginnen und Kollegen!

Wir wollen in Würde leben. Gute Arbeit und ein gutes Leben, das sind unsere Ziele.

Dazu gehört hier in Salzgitter vor allem eins:

Gutes Leben heißt hier: Unverstrahlt leben!

Wir wollen, dass auch noch unsere Kinder und Enkel in Salzgitter gesund bleiben können!

Deswegen sage ich es hier laut und deutlich:

Konrad stoppen – jetzt erst recht!!!

Die Verfassungsbeschwerde der Stadt Salzgitter gegen das Endlager in Schacht Konrad ist abgelehnt worden.

Eine Entscheidung über die Verfassungsbeschwerde der Familie Taube steht aus. Wir können also noch hoffen, dass das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit auch von den Gerichten geachtet wird.

Aber egal, wie die Gerichte entscheiden, Kolleginnen und Kollegen: Wir machen unsere Ablehnung des Endlagers überall in der Region deutlich: auf den Straßen, in den Schulen und den Betrieben.

Wir werden uns wehren, wenn man Atommüll in den Schacht Konrad kippt!

Heute, am ersten Mai - aber der zweite Mai kommt bestimmt! Und auch der dritte und der vierte.

Es war schon immer schöner – und auch erfolgreicher – für die eigenen Interessen gemeinsam zu kämpfen.

Mit vielen Kolleginnen und Kollegen am ersten Mai auf der Straße zu demonstrieren und zu feiern, als alleine bei ARD und ZDF in der ersten Reihe zu sitzen.

Wir kämpfen für geschützte Arbeitsverhältnisse, für die Sicherung und den Ausbau von Arbeitnehmerrechten und für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen.

Nicht nur am ersten Mai, sondern vom ersten Januar bis zum 31. Dezember!

Herzlichen Dank - und einen schönen 1. Mai Euch allen!!